

**Jahresbericht des Superintendenten**  
**gemäß Artikel 162 Abs. 2 KO**

Der Schrecken ist uns in die Glieder gefahren. Die schlimmsten Befürchtungen wurden noch übertroffen! Als wir am 9. November '96 in Bingerbrück zu unserer Synodaltagung zusammen waren, schockte uns die Nachricht von der schweren Erkrankung Peter Beiers. Wenige Stunden später war er tot.

Die Anteilnahme war groß. Das Bewußtsein verloren zu haben, deutlich.

Er war einer, der noch zu träumen wagte; der begeistern konnte; der den Blick über die Alltagsgeschäfte heben konnte, die uns so oft so sehr binden und manchmal auch erblinden lassen.

Wir haben Abschied genommen und sind dann zurückgekehrt zu unseren Tagesordnungen mit ihren Fragen und Problemstellungen.

Wir machen weiter.

Was denn auch sonst? Und bleiben doch unterwegs,

- hoffentlich -

dem Ziel entgegen, das er erhofft und nun auch schauen darf.

Im Glauben an Jesus Christus hat er bekannt:

*„Ich, ein elender Mensch,  
Gottes unendlich bedürftig;  
blind für das Leben,  
wie es gedacht war,  
ohne zu wissen,  
was rechts und was links ist,  
bin geliebt wie ich bin;  
kein Schuldner der Schuld,  
keine Beute des Todes,  
sondern Christus zu eigen  
für immer.  
Ja, darauf bleibe ich,*

*Amen.*“

**1.** Wir machen weiter,

manchmal sicher nur aus Gewohnheit. Oft, ohne recht zu wissen, warum und wozu. Und doch darauf vertrauend, daß wir gewollt sind und daß wir geführt werden.

Wir machen weiter - zuerst im Dank für das, was gewesen ist.

Schon ein kurzer Blick herum oder in die Kirchengeschichte kann zeigen, daß es keinesfalls selbstverständlich ist, wenn wir als Kirche unsere Arbeit in Ruhe und Frieden, geordnet und geachtet tun können.

Was immer sonst noch zu sagen sein mag, unsere Möglichkeiten sind groß, oft größer, als wir sie wahrnehmen können. Es gibt Unterstützung, Partnerschaft und dazu vielfältige und fruchtbare Beziehungen hin und her. Und immer noch sind die Kirchen ein gesellschaftlicher Faktor ersten Ranges.

Und was immer sonst noch zu sagen sein mag, es wird nach wie vor Erstaunliches geleistet. Die Angebotspalette ist breit und vielfältig. Wir haben Aufgaben übernommen und stellen uns ihnen.

Wir sind vielen ein verlässlicher Partner, sind präsent, wenn man uns braucht und besonders: wir sorgen dafür, daß Gottes Wort in großer Treue und an vielen Orten verkündigt wird, damit Menschen hören können und Trost erfahren.

Was immer sonst noch zu sagen sein mag, wir tun es im Dank Gott gegenüber, der uns und seine Kirche bewahrt und geführt hat, und wir sagen Dank für die Menschen, die sich mit viel Engagement, Zeit und Kraft eingebracht haben; die Ehrenamtlichen zuerst, und ebenso die Hauptamtlichen in den Gemeinden und Einrichtungen.

Und wir sagen Dank - ja auch denen, die uns finanziell unterstützt haben mit ihrer Kirchensteuer, die vielleicht ansonsten in ziemlicher Distanz zu uns leben und dennoch dazu beitragen, daß wir so vielfältig präsent sein können und in so hohem Maße Mitverantwortung in dieser Gesellschaft tragen können.

Wie wäre es, wenn wir das einmal einem jeden bzw. einer jeden persönlich bzw. in einem Brief sagen würden: *„Wir danken Ihnen, daß Sie - auch im vergangenen Jahr - Ihren finanziellen Beitrag zu den Aufgaben unserer Kirche geleistet haben.“*

Und dann könnte man etwas davon berichten, was mit dem Geld passiert ist, was wir damit gemacht haben. Ein solcher Dankesbrief könnte zeigen, daß wir wahrnehmen und ernst nehmen, wie viele es sind, die uns nach wie vor finanziell stützen und unsere Arbeit überhaupt erst möglich machen. Deshalb wäre ein solcher Brief alles andere als anbiedernd.

Manche behaupten, wie der Herr Bundesjustizminister, die Kirchensteuer hätte uns abhängig, behäbig und unkritisch gemacht. Das mag irgendwie und irgendwo auch so sein, aber immerhin gilt auch: Die Kirchensteuer ist ein hervorragendes Instrument unserer Handlungsfreiheit und zudem das nach wie vor am ehesten gerechte System, das uns nicht zuletzt wirkungsvoll schützt vor einer möglichen unzulässigen Einflußnahme einiger weniger, besonders potenter Zahler.

In diesem System ist sichergestellt, daß 1,50 DM ebenso viel „wert“ ist, wie 15.000,00 DM. Und darum: warum nicht einmal danke sagen?

## 2. Wir machen weiter -

gerade weil wir wissen, daß die Kirche nicht von der Kirchensteuer lebt, sondern eine Erfindung Gottes ist. *„Nicht ‘Kirche’ ist das erste Wort der Kirche, sondern Christus. Nicht ‘Kirche’ ist das letzte Wort der Kirche, sondern die Herrlichkeit des Vaters und des Sohnes im Geist der Freiheit. Darum gleicht die Kirche nach einem Wort des Ambrosius dem Mond, der sein Licht nicht von sich selbst und nicht für sich selbst hat. Auf ihrem Gesicht leuchtet, wenn sie wahre Kirche ist, das Licht Christi wider, auf dem sich die Herrlichkeit Gottes spiegelt, und es leuchtet auf dem Gesicht der Kirche wider für die Menschen, die in der Nacht ihren Weg in die Freiheit suchen.“* (Jürgen Moltmann, Kirche in der Kraft des Geistes, S. 33)

Wenn das gilt, dann ist die Kirche in all ihrer Widersprüchlichkeit dennoch ein Ort besonderer Verheißung. Deshalb verstehe ich manchmal nicht, wenn gerade auch von kirchlichen Insidern und von solchen, die regelmäßig an jedem Ersten ihr Geld von der Kirche beziehen, in manchmal so unendlicher Distanz abschätzig von der ‘Amtskirche’

geredet wird. So, als würde man selbst nicht dazugehören; so, als hätte man selbst nichts damit zu tun.

Im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsprojektes über Wertvorstellungen junger Führungskräfte in Polizei, Kirche und Wirtschaft wurde auch nach der Einstellung zum jeweiligen Arbeitgeber gefragt: „35,9 % der befragten Theologen ist es peinlich, wenn sie von Außenstehenden auf ihren Arbeitgeber angesprochen werden. Dem gegenüber empfinden 12,8 % der Führungskräfte bei der Polizei sowie 9,5 % in der Wirtschaft dies als unangenehm.“ (epd 22/97, S. VII)

Die große Distanz zum Arbeitgeber Kirche ist auffallend.

Wie anders doch der Beter von Psalm 26, Vers 8: „*Herr, ich habe lieb die Stätte deines Hauses und den Ort, da deine Ehre wohnt.*“

Es könnte sein, daß es heute insbesondere wieder darum geht, daß wir diese schwächliche, so oft versagende, geschundene und ärmliche Kirche lieb gewinnen; weil sie der Ort ist, da seine Ehre wohnt. Sie ist liebenswert, weil Gott sich in ihr hören lassen will. Und indem ich sie lieb gewinne, wird sie eine andere. Distanzen werden aufgehoben, und aus einem Dienstleistungsbetrieb wird die Gemeinschaft der Heiligen, wird die einladende Gemeinde.

Manchmal können Anstöße von außen weiterhelfen. Das Münchener Boulevardblatt, „Abendzeitung“ hat sich etwas Außergewöhnliches ausgedacht. In der montäglichen Kolumne „Kirche in der Kritik“ wird jeweils ein Gottesdienst getestet und mit Prädikaten versehen. Gottesdienste, die überzeugt haben, werden symbolisch mit zwei Gebetbüchern ausgezeichnet, wer aber nur routiniert den Gottesdienst heruntergespult hat, wird mit einem Teufelchen gestraft.

Faszinierend daran finde ich, daß der Gottesdienst ins Gespräch gebracht wird und sich so zwangsläufig öffnet, oder aber sich selbst endgültig marginalisiert. Ob es nun die Symbole Teufelchen oder Gebetbuch sein müssen, das mag dahingestellt sein, aber wichtig ist, daß wir ins Gespräch kommen, gerade auch ins Gespräch kommen mit denen, die aus einem anderen Hintergrund kommen, nicht von Kindesbeinen an religiös sozialisiert sind, nicht zur Kerngemeinde gehören.

Oder anders gesehen: Ich habe den Eindruck: wir sind immer noch sehr absender-zentriert mit dem, was wir denken und sagen, und noch nicht ausreichend empfänger-orientiert. Das hat sicherlich auch zu tun mit unserer theologischen Tradition. Die dialektische Theologie

betonte sehr deutlich den Absender und vertrat die Meinung, daß sich die Botschaft wie von selbst seinen Empfänger sucht.

Heute wissen wir: Senden allein genügt nicht. Es muß auch empfangen werden. Diese Suchbewegung können wir uns nicht ersparen. Sie birgt Risiken - das ist wohl wahr. Auf dem Weg zum Empfänger wird sich auch der Absender verändern. Das muß so sein. Es geht nicht nur um eine Übersetzung des ewig Gleichen, sondern es geht um ein Umsetzen des gleichen Evangeliums in meine Gegenwart. Die Botschaft der Bibel ist - das zeichnet sie ja gerade aus - keine starre Lehre, sondern lebendig gerade darin, daß sie neue Einsichten herausfordert und auf neue Herausforderungen Antwort geben kann. Die Chance einer veränderten Kommunikation zwischen Absender und Empfänger könnte doch gerade darin liegen, daß sich beide verändern in der Suchbewegung des Evangeliums - Absender und Empfänger.

Ob die Diskussion, die in den letzten Monaten recht heftig ausgebrochen ist und sich der Sprache der Wirtschaft bedient, dazu einen Beitrag liefert, wird sich noch erweisen müssen. Plötzlich ist da von Marktorientierung, vom Unternehmen Kirche, von Marketing und Controlling, von Produktgestaltung und Organisationsentwicklung, vom Rationalprinzip und den Alternativkosten die Rede. Man sollte nicht zu schnell das Gespräch abwürgen mit dem Hinweis auf die Unvergleichbarkeit von Kirche und die Unangemessenheit solcher Begrifflichkeit.

Es geht um etwas sehr Schlichtes, um - wie es Rüdiger Schloz sagt - *einen „Perspektivenwechsel; von der Amtskirche, die auf der Tradition des einstigen Monopols aufbaut und dessen Substanz allmählich verzehrt, zu einer unternehmerischen Kirche mit missionarischem Impuls; mit dem Willen und der Fähigkeit, sich der Konkurrenz zu stellen und in ihr zu behaupten.“*

Die Kirche muß fit werden für den Markt (Ev. Kommentar 3/97, S. 140).

Die These lautet: *„Ohne die Fähigkeit zu eingehender Zuwendung kann die Kirche ihre Botschaft nicht vermitteln und verständlich machen.“ Und darum muß sie ihre Rolle als Dienstleister ernst nehmen, muß sie Angebote an den Wünschen und Bedürfnissen der Kirchenmitglieder ausrichten, systematisch planen, effizient umsetzen, damit sie auch ankommen.“* (ebd. S. 141 f).

Darauf in der Tat kommt es an, daß ankommt, was wir tun. In einer Zeit, der die Selbstverständlichkeiten abhanden gekommen sind, eben auch die Selbstverständlichkeit

des Glaubens und der Glaubensstraditionen, wird vieles daran hängen, daß wir uns verständlich machen können.

Wir haben uns endgültig zu verabschieden von der Vorstellung, daß die Menschen ja zu uns kommen können und wir dann für sie da sind. Wir haben vielmehr zur Kenntnis zu nehmen, daß es eine Bringschuld gibt, eine Bringschuld des Evangeliums.

Nun ist natürlich auch mir bewußt, daß solche Gedanken äußern noch nicht heißt, sie auch zu praktizieren. Manchmal ist der Weg von der Idee bis zur Praxis weit - und oft in kirchlichen Kreisen weiter. Nur sollten wir uns klar darüber sein, daß die Zeit drängt. Der Apostel Paulus weist den Weg, wenn er sagt: „*Prüft alles, und das Gute behaltet.*“ (1. Thess. 5, 21)

3. Wir machen weiter,  
- erinnern unsere Vergangenheit für die Zukunft.

Wir leben nicht im luftleeren Raum - wir haben eine Geschichte. Die paßt uns nicht immer und prägt uns doch. Es ist notwendig, sich ihrer zu erinnern.

Gleich mehrfach hatten wir besondere Gelegenheit, dies zu tun. Am 16. Februar 1997 jährte sich zum 500. Mal der Geburtstag Philipp Melanchthons und am 29. August war des 100. Geburtstags von Paul Schneider zu gedenken. Wenn ich es recht sehe, sind diese Jubiläen sehr unterschiedlich wahrgenommen worden. Der 500. Geburtstag Melanchthons ist mehr oder weniger an uns vorbeigegangen, war nur ein Erinnerungsdatum der Honoratioren oder aber der eingeweihten Kreise, während der 100. Geburtstag von Paul Schneider ein lebhaftes Echo gefunden hat - wenigstens bei uns. So hat die Katholische Bistumszeitung „Paulinus“ über die Gedenkfeiern auf der ersten und dritten Seite ausführlich berichtet (während DER WEG dies nur unter anderem tat).

Aber der Reihe nach.

- 3.1 Philipp Melanchthon, Praeceptor Germaniae, Lehrer Deutschlands, Wegbegleiter Luthers, Pädagoge, Theologe, Politiker. Für die einen die größte ökumenische Gestalt der Reformationszeit, für andere ein Kompromißler und Leisetreter.

Auch das Jubiläumsjahr wird nichts wesentliches daran ändern, daß Philipp Melanchthon „*recht eigentlich der große Unbekannte*“ (Wolfgang Trillhaas) ist und auch bleibt.

Er steht weiterhin im Schatten Martin Luthers, obwohl sein Beitrag für die Reformation nur schwerlich zu überschätzen ist. Bereits 1521 verfaßte er die erste evangelische Dogmatik, die ‘loci communes’. Da ist er gerade mal 24 Jahre alt.

Melanchthon ist es, der öffentlich und politisch agiert und bei zahlreichen Religionsgesprächen und Reichstagen die Verhandlungen führt. Er ist so eine Art „Außenminister der Reformation, da Luther in Acht und Bann stand und Sachsen nicht verlassen durfte.“ (Stefan Rhein)

Melanchthon ist es, der zum Lehrer Deutschlands wird durch eine Vielzahl von Universitäts- und Schulordnungen, von Schulbüchern, Grammatiken, Kommentaren und der das protestantische Schulsystem geschaffen hat, das noch Jahrhunderte lang weiter gewirkt hat.

Aber genügt das, um jenseits pietätvoller Belebungsversuche diesen Universalgelehrten für die heutige Diskussion aus dem Vergessen zu holen? Liefert diese Hinterlassenschaft ausreichenden Anreiz, um sich der Mühe zu unterziehen, ihm über die Fremdheit des zeitlichen Abstandes hinweg näher zu kommen? (So Hans-Rüdiger Schwab; Philipp Melanchthon, der Lehrer Deutschlands, München 1997, S. 8).

Ohne ein besonderer Kenner Melanchthons zu sein, sehe ich für mich zwei Punkte, die herüber scheinen aus seiner Zeit in meine Gegenwart.

Einmal: Heute wird zu recht betont, daß der christliche Glaube nicht nur eine Sache des Verstandes, sondern auch des Gefühls, der Erfahrung und des Erlebens sein muß. Wir leiden immer noch unter einer verkopften Theologie, die nur auf den Intellekt abhob und dabei den Menschen in seiner Ganzheit, als ein Wesen nicht nur mit Verstand, sondern auch mit Gefühl, Leib und Seele, aus den Augen verlor. Nur, auch dies muß gelten: Das Gefühl kann den Verstand nicht ersetzen. Eine ganzheitliche Sicht tut not, nicht eine neue Einseitigkeit unter anderem Vorzeichen. Glaube hat es auch mit Wissen zu tun, mit genauem Hinhören und genauem Hinsehen, und also mit intellektueller Arbeit. Das ist das Handwerkszeug, so nötig wie das Stethoskop für den Arzt.

Von Melanchthon könnten wir lernen, die Balance zu halten. Er hat sich vehement gegen eine merkwürdige bildungsfeindliche Stimmung seiner Zeit gewandt und auf die Unverzichtbarkeit theologischer Arbeit verwiesen.

Wer nur seinen religiösen Gefühlen folgen will, verliert leicht den Kurs, weil ihm die Fundamente abhanden kommen. Darin kann Melanchthon uns Lehrer sein, die Balance zu halten.

Noch ein anderes scheint herüber aus seiner Zeit in meine Gegenwart: Melanchthon hat zeitlebens den Ausgleich gesucht. Von ihm kann man lernen, zwischen wichtig und unwichtig, zwischen kompromißfähig und dem vermeintlichen Luther-Wort „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ zu unterscheiden. Nicht jede theologische Erkenntnis und nicht jeder kirchliche Standpunkt, genau so wenig wie manch politische Fragestellung eignen sich zur Ausrufung eines ‘Status confessionis’.

Man muß nicht schon bei den Nebensächlichkeiten die Grundlagen gefährdet sehen. Es gilt zu unterscheiden. Das setzt allerdings voraus, daß man um die Grundlagen weiß und in denen übereinstimmt. Ist dem noch so?

Mir kommt es manchmal so vor, als sei die Christologie, also die Lehre von Christus, in den letzten Jahren arg ins Abseits geraten, zugunsten einer Theologie des ersten Artikels. Die wird für mich aber immer da unpräzise, wo sie nicht mehr im zweiten Artikel zurückgekoppelt ist. Die Rede von einem Gott an sich und für sich nützt mir gar nichts, wenn nicht eindeutig ist, daß es der Gott ist, der sich in Jesus Christus geoffenbart und gebunden hat.

Wie auch immer - lernen können wir von Melanchthon zu unterscheiden.

Ich nenne nur diese beiden Punkte. Es gibt weitere. Und andere werden anders gewichtet. Aber sicher ist, auch wenn Melanchthon der große Unbekannte der Reformation bleiben wird, so gibt es doch manches zu lernen, und deshalb war es gut, daß wir mit dem Pfarrkonvent in Bretten, seinem Geburtsort, waren, um uns dieses großen Denkers zu erinnern.

Der zweite herausragende Geburtstag war der von Paul Schneider. Ich war überrascht von dem großen Interesse an diesem konservativen Querdenker.

Manche der Dinge, die damals Anlaß zu den Auseinandersetzungen mit den Nazis gegeben haben, muten uns heute vielleicht etwas verschoben an, aber Paul Schneider hat unerbittlich auf die Verbindlichkeit des christlichen Glaubens hingewiesen, so z. B., wenn er das aus reformiertem Haus stammende Mittel der Kirchengleichheit aktivierte.

Immer wieder kann man landauf und landab hören, der Widerstand Paul Schneiders sei ein rein innerkirchlicher gewesen. Ich widerspreche. Die Anlässe der Auseinandersetzungen mögen innerkirchliche gewesen sein. Das will ich gar nicht bestreiten, aber die Auswirkungen trafen direkt ins Herz des Regimes.

Paul Schneider hat sehr schnell die Unvereinbarkeit der Naziideologie mit dem christlichen Glauben erspürt. Deshalb war es ihm unmöglich, sich in eine private Ecke, in eine Nische, zurückzuziehen, um dort dann mit seinem Glauben zu überwintern. In dem Maße, in dem der totalitäre Anspruch der Naziideologen auf alle Lebensbereiche deutlich wurde, konnte Schneider dem Konflikt nicht mehr ausweichen. Hier stand Anspruch gegen Anspruch, und da konnte Paul Schneider nicht weichen, wenn er nicht das Evangelium verraten wollte. Und deshalb ist Paul Schneider für mich genauso dem politischen Widerstand zuzuordnen. Seine Motivation mag eine andere gewesen sein, als die Dietrich Bonhoeffers, und dennoch trifft die Unterscheidung, hier innerkirchlicher - dort politischer Widerstand, die Sache nicht.

Bei der Beschäftigung mit Paul Schneider würde ich gerne an zwei Themen weiterarbeiten. Einmal: die Frage nach dem Wächteramt, das die Kirche beansprucht. Was bedeutet dies, wenn das nicht nur ein folgenloses Nörgeln und Kritisieren an Zuständen in Staat und Gesellschaft sein soll? Was bedeutet das Wächteramt für beide Seiten, also für den, an den es sich richtet, und für den, der es ausübt. Eine Diskussion darüber könnte Spannendes, gerade auch für das Staat-Kirche-Verhältnis, zutage fördern.

Und zum anderen würde ich gerne - und das hat sicherlich auch mit meiner reformierten Herkunft zu tun - im Anschluß an Paul Schneider über die Frage der Kirchengleichheit nachdenken. Ist dieses Kapitel wirklich erledigt? Vielleicht gibt es ja doch so etwas auch ohne Paragraphen und Artikel in einer Kirchenordnung. Aber wichtiger ist mir das Umgekehrte, nämlich die Frage, wie viel Beliebigkeit können und wollen wir uns leisten in unserer Volkskirche?

Ich stelle diese Frage gerade auch auf dem Hintergrund dessen, was ich zu Beginn über eine empfängerorientierte Kirche gesagt habe; um so wichtiger wird die Auseinandersetzung über die nötige Verbindlichkeit christlichen Glaubens.

Jubiläen können lästig sein, besonders, wenn sie nur nostalgisch oder folkloristisch daher kommen. Aber sie können auch Anstöße geben, in Erinnerung von Vergangenem Gegenwart und Zukunft zu gewinnen. Wenn das da und dort gelungen ist, dann war es gut.

#### 4. Wir machen weiter - stehen in der Verantwortung.

4.1 Das Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, das Ende Februar vom Rat der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz nach einer zweijährigen Konsultationsphase veröffentlicht worden ist, hat große Aufmerksamkeit gefunden. Nach anfänglichem überschwänglichem Lob von fast allen Seiten, das durchaus stützig machen sollte, sind die Urteile in der Zwischenzeit differenzierter geworden.

Leider hat man das eigentliche Anliegen des ‘Wortes’, nämlich einen Beitrag zu einem erneuerten Grundkonsens in diesem Lande zu leisten, weitgehend übersehen und beißt sich statt dessen an den wirtschaftspolitischen Ausführungen fest, die zugegebenermaßen natürlich von besonderer Aktualität sind.

Dennoch, ohne an dieser Stelle den Inhalt des umfangreichen Dokuments darstellen zu wollen - das ist an anderer Stelle ausreichend geschehen - sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Kirchen mit ihrem ‘Wort’ nicht selbst Politik machen wollen, sondern Politik möglich machen wollen. Und dazu gehört nun einmal die Suche nach einem Grundkonsens, von dem unsere Gesellschaft auch in der Zukunft leben kann.

Als Leitbegriffe dafür werden „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ genannt. Keines dieser Ziele ist ohne das andere zu erreichen. Denn: Ungerechtigkeit mindert die Bereitschaft zu solidarischen Opfern. Wer also die Gerechtigkeit schleifen läßt, darf nicht über den Mangel an Solidarität klagen. Die Gesellschaft muß ihr sozial-ökonomisches Gleichgewicht

wiederfinden und ökonomische Stärke wieder als gebundene Freiheit verstehen (so Klaus Lefringhausen in Ev. Kommentare 2/97, S. 66).

Ökonomische und soziale Ziele lassen sich nicht ungestraft über- und unterordnen, indem etwa „der Sozialstaat als ein nachgeordnetes und je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu verschlankendes Anhängsel der Marktwirtschaft“ betrachtet wird. Weil die Balance von Gemeinwohl und Eigennutz (so der Titel der Wirtschaftsdenkschrift der EKD von 1991) Schlagseite bekommen hat, die aus Eigennutz zerstörerischen Egoismus werden läßt, brauchen wir eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft.

Aufgabe der Kirche ist es mehr denn je, die Option für die Schwachen wahrzunehmen. Ein erster Schritt dazu wäre eine „neue Bekehrung zur Diakonie, in der die Freude und Hoffnung, die Trauer und die Angst der Menschen, die Hilfe nötig haben, zur Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Christen werden.“ (S. 99)

Das gemeinsame Wort will sich einmischen; einmischen, in die manchmal so erbärmliche Diskussion um die wirtschaftliche und soziale Lage in diesem Land. Das ist gut so, und hoffentlich beteiligen sich viele Christen vor Ort, in den Gemeinden und Einrichtungen unserer Kirche.

Im Kreissynodalvorstand haben wir dies versucht, indem wir mit den Kreisverbänden der politischen Parteien Gespräche geführt haben. Wir haben auf dem Hintergrund des Kirchenwortes darzulegen versucht, in welchem hohem Maß durch Kirche und Diakonie soziale Verantwortung wahrgenommen wird. Und wir haben das an einigen Zahlen verdeutlichen können.

Außerhalb der kreuznacher Diakonie sind in unserem Bereich 798 Menschen beschäftigt, davon 480 vollbeschäftigt (incl. der Pfarrer und Pfarrerinnen). Für die allgemeine Sozialarbeit werden im Kirchenkreis 1,9 Millionen DM pro Jahr ausgegeben. Der Zuschuß aus Kirchensteuermitteln für unsere Kindergärten beziffert sich auf 1,1 Millionen DM und für Baumaßnahmen, die ja nicht zuletzt zur Beschäftigung von Menschen beitragen, wurden im Schnitt der letzten zehn Jahre jährlich 5 Millionen DM aufgewandt.

Unsere Gesprächspartner aus der Politik haben sehr aufmerksam unsere Darlegungen aufgenommen, auch unsere Sorgen zur Kenntnis genommen, daß bei einem weiteren

Absinken unserer Einnahmen - u. U. auch infolge einer Steuerreform - eine Eingrenzung dieses Engagements unumgänglich sein würde.

Insgesamt sind wir auf viel Verständnis gestoßen und auf große Bereitschaft, die gute Zusammenarbeit zwischen Kommune und Kirche auch in der Zukunft fortzuführen.

Aber nicht nur solche Gespräche sind eine Folge des gemeinsamen Wortes der Kirchen. Hierzu darf man sehr wohl auch die Initiative zur Erstellung eines Sozial-Lageberichtes zählen, der uns hoffentlich im Laufe des nächsten Jahres vorliegen wird, und über dessen Konsequenzen nicht nur für die staatliche Seite, sondern besonders auch für uns in den Gemeinden zu reden sein wird.

Erwähnenswert ist auch, daß die Ev. Erwachsenenbildung im kommenden Februar zu einem Presbyter/Presbyterinnentag einladen wird, um das Wort der Kirchen mit Leben zu erfüllen und es an der Basis zu verankern.

Hingewiesen sei schließlich darauf, daß das Wort der Kirchen auch die Rolle der Kirchen selbst und ihr Wirtschaften beleuchtet. Wörtlich: *„Es genügt nicht, wenn die Kirchen die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und die Verhaltensweisen der darin tätigen Menschen thematisieren. Sie müssen auch ihr eigenes Handeln in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bedenken. Das kirchliche Engagement für Änderungen in der Gesellschaft wirkt um so überzeugender, wenn es innerkirchlich seine Entsprechung findet.“* (S. 96) Das ist wohl wahr.

Nur, was dann ausgeführt wird, ist wenig erhellend. Die Vorschläge gehen nicht über das hinaus, was im allgemeinen Zusammenhang ausgeführt wurde.

Aber wie sollte es auch? Die Kirchen sind schließlich Teil dieser Gesellschaft und stehen in ihr und nicht außerhalb von ihr. Sie unterliegen den gleichen Regeln und Mechanismen. So sehr man bedauern mag, daß wir in der Kirche noch keine eigenen zukunftsweisenden Modelle entwickelt, geschweige denn eingeführt haben, muß man einfach zur Kenntnis nehmen, daß wir hinein verflochten sind in die Interessen und Widersprüche, mit denen es alle anderen auch zu tun haben.

Hier ist große Nüchternheit angesagt, die vielleicht auch ernüchternd wirken mag, die aber dennoch nötig ist, um uns vor idealistischer Überforderung zu schützen. Die redet uns ein, daß Kirche doch eigentlich anders, vielleicht auch besser sein müßte; daß es uns doch wenigstens in der Kirche gelingen müßte.... .

So nachvollziehbar und einleuchtend ein solches Ansinnen auch sein mag - nicht zuletzt aufgrund des eigenen Selbstverständnisses - beschwerlich werden solche Aussagen immer da, wo sie mit einem moralischen Impetus daherkommen, der Gesetzlichkeit statt Evangelium beschert. Die Dinge liegen leider komplizierter als daß sie mit einigen idealistischen Bekenntnissätzen zu lösen wären.

Das gilt auch für das Gehaltsgefüge in der Kirche und nicht zuletzt für die Gehälter der Pfarrerinnen und Pfarrer. Die stehen sehr wohl im Rahmen einer Generaldebatte über die Finanzstruktur und Beschäftigungsstruktur in unserer Kirche auf dem Prüfstand. Sie eignen sich allerdings nicht als Steinbruch zum Löcherstopfen irgendwelcher Art. Wie gegenüber jedem Mitarbeitenden in der Kirche muß es auch gegenüber Pfarrerinnen und Pfarrern Verlässlichkeit geben. Alles andere demotiviert und verunsichert und bringt uns einer Lösung keinen Schritt näher.

Allerdings sollten wir uns - wie das die Kirchengemeinde Jeckenbach in ihrem Antrag vorschlägt - dafür einsetzen, daß die bisherigen Bemühungen um die Entwicklung eines alternativen Gesamtkonzeptes verstärkt fortgeführt werden. Eile ist geboten, weil an einer anderen Front inzwischen die Positionen wanken.

**4.2** Der sogenannte „Dritte Weg“ ist ins Gerede gekommen, d. h. das eigene Arbeits- und Tarifrecht der Kirche. Angesichts des immer stärkeren Einzugs der Marktwirtschaft in die Sozialpolitik empfinden vor allem diakonische Einrichtungen, die unter den gedeckelten Pflegeentgelten stöhnen, die jetzigen Regelungen als zu starr und unflexibel.

Im Gegensatz zum ersten Weg, wo ein Arbeitgeber ohne Gewerkschaft und Betriebsrat die Tarife festsetzt und auch im Gegensatz zum sogenannten zweiten Weg, wo sich die Tarifpartner, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gegenüber sitzen und je ihre Interessen

vertreten und zur Durchsetzung ihrer Interessen notfalls auch zum Mittel des Arbeitskampfes oder aber der Aussperrung greifen, will der dritte Weg die Besonderheiten von Kirche als Arbeitgeberin berücksichtigen. In der Kirche stehen sich nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber, sondern Dienstgeber und Dienstnehmer bilden eine „Dienstgemeinschaft“. Dies darf aber nicht nur Behauptung bleiben, sondern muß eingeübt werden und sich an der Theol. Erklärung von Barmen messen lassen. Dort heißt es: (These 4): *„Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes“*.

Dem soll das kirchliche Dienst-, Arbeits- und Tarifrecht durch paritätisch besetzte ‘Arbeitsrechtliche Kommissionen’, die auf der Grundlage von synodalen Vorgaben arbeiten, Ausdruck geben.

Aber gerade durch die enge Anlehnung an den BAT mit seinen unzähligen Einzelregelungen sei die ganze Konstruktion, so die Kritiker, nicht mehr zeitgemäß und würde vor allen Dingen die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Richtig ist sicherlich, daß der Kostendruck enorm groß geworden ist und deshalb die Verantwortlichen, vor allem im Bereich der Diakonie, auf diese Situation reagieren müssen.

Dennoch ist zu hoffen, daß durch eine Flexibilisierung unseres jetzigen Arbeits- und Tarifrechts der Gedanke der Dienstgemeinschaft mit Hilfe des dritten Wegs erhalten werden kann. Anderenfalls würden wir binnen kurzem in Kirche und Diakonie und innerhalb von Diakonie unterschiedliche Regelungen haben. Das hätte aber fatale Konsequenzen für beide - für Kirche und Diakonie. Das kann von niemandem gewollt sein. Die Gefahr ist groß, daß Dinge, die zueinander gehören, sich dennoch auseinander entwickeln, und sich eine tarifliche Zwei-Klassen-Gesellschaft herausbildet.

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Kirchlichen Altenhilfe unterstützen und drängen den Spitzenverband, also das Diakonische Werk, bei seinen Bemühungen um eine größere Flexibilisierung des bestehenden Rechts.

**4.3** Die Veränderungen der Rahmenbedingungen im sozialen Bereich begrenzen sich leider nicht auf die bisher angesprochenen Felder.

Unter dem Diktat knapper Finanzen stehen mittlerweile auch andere Bereiche in der Diskussion. So hat gerade kürzlich erst die Landesregierung von Rheinland-Pfalz angekündigt, ihren eigenen Anteil an der Kindergartenfinanzierung zu Lasten der Elternbeiträge zurückfahren zu wollen (von 30 auf 27,5 % der Gesamtpersonalkosten). Diese Bemühungen laufen parallel und dennoch völlig konträr zu ähnlichen Überlegungen, die sowohl in unseren Gefilden als auch neuerdings, und zwar wesentlich weitreichender, in der Katholischen Kirche angestellt werden. Dort ist schriftlich angekündigt worden, daß man die Kirchensteuerausgaben für die Kindergärten von derzeit 64,7 Millionen DM auf 36,4 Millionen DM reduzieren wird, oder anders gesagt: daß der Anteil des Trägers an den gesamten Personal- und Sachkosten von zur Zeit 18,4 % „bereits im kommenden Kindergartenjahr auf maximal 11 % je Einrichtung“ (Generalvikar W. Rössel) fallen muß. Aus der Ankündigung des Generalvikars wird nicht deutlich, wie man dieses Ziel erreichen möchte, ob es auch in größerem Umfang Schließungen katholischer Einrichtungen geben wird.

Und wie geht es bei uns weiter? Die Situation ist insofern komplizierter, als nicht ein Bistum oder ein Kirchenkreis, sondern jeweils die Gemeinden die Verantwortung tragen. Das ist auch gut so und soll auch in der Zukunft so bleiben.

Dennoch sind die Kindergärten unser gemeinsames Anliegen. Deshalb sollten wir auch zu einer gemeinsamen Politik kommen. Dem dient die Gründung einer gemeinsamen Interessenvertretung aller Träger im Kirchenkreis, dem dient aber auch eine Initiative von Landeskirche und Fachverband zur Formulierung von Standpunkten und Forderungen gegenüber Kommune und Land. Es wird noch in diesem Monat ein Treffen aller evangelischen Träger im Bereich der EKiR im Lande Rheinland-Pfalz geben, bei dem eine Resolution verabschiedet werden soll, die folgende Schwerpunkte haben wird:

1. Die Ev. Kirche steht zu ihrer diakonisch-gesellschaftlichen Verantwortung und wird sich nicht aus dem Bereich der öffentlichen Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Familien zurückziehen.
2. In vertretbarem Rahmen werden auch weiterhin kircheneigene Finanzmittel eingebracht, allerdings muß der Trägeranteil wegen zurückgehender Finanzmittel deutlich abgesenkt werden. Der wird in Zukunft nicht mehr als 10 % der gesamten Personalkosten ausmachen dürfen.

Mit einem hoffentlich kräftigen Votum der Träger müssen dann die entsprechenden Verhandlungen mit der Landesregierung geführt werden.

Vergleichbare Entwicklungen im Kindergartenbereich hat es in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen gegeben. Dort ist mit harten Bandagen gerungen worden, nachdem die Regierungsfractionen einen Gesetzesentwurf vorgelegt hatten, der zu tiefen Einschnitten in die Arbeit geführt hätte. Inzwischen haben sich die Wogen ein wenig geglättet; dennoch ist die Tendenz deutlich. Die öffentliche Hand muß sparen und wird dies auch im Kindergartenbereich tun. Das wird auch die Absenkung von Standards zur Folge haben. In Nordrhein-Westfalen wird geplant, das Fachpersonal pro Gruppe auf 1,5 von bisher 2 Stellen zu reduzieren. Unsere Aufgabe muß es sein, daß pädagogische Erfordernisse nicht gänzlich auf dem Altar der finanziellen Notwendigkeiten geopfert werden. Allerdings wird von uns Flexibilität erwartet. Es genügt nicht mehr, Forderungen zu stellen. Sozialpartnerschaft bedeutet auch, gemeinsam nach möglichst kostengünstigen Lösungen zu suchen. Neben der Zusammenarbeit im eigenen Haus ist dazu aber auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bistum Trier nötig, die es bisher leider so noch nicht gegeben hat.

**4.4** Im Januar glaubten wir Rheinland-Pfälzer noch, uns gemütlich zurücklehnen zu können, als in der Landessynode heftig über die Abschaffung der dritten Religionsstunde für das 3. und 4. Grundschuljahr in Nordrhein-Westfalen diskutiert wurde.

Bei uns war ja alles anders.

Das hat sich nun schlagartig geändert. Unter der Überschrift „Mehr Zeit für Kinder“ plant das Land Rheinland-Pfalz ab dem Schuljahr 1998/99 die Grundschule zur ‘vollen Halbtagsschule; auszugestalten.

Schön - möchte man meinen, wenn es da nicht diesen Haken gäbe. Das neue Konzept geht mit einer Schmälerung der ganzheitlich orientierten Werteerziehung, insbesondere der

Kürzung des Religionsunterrichtes um ca. 26 %, wie es uns unser Schulreferent dargelegt hat, einher. Das sollte uns stutzig machen und genau hinschauen lassen.

Wir werden gleich Gelegenheit haben, uns diesen Punkt ausführlicher darstellen zu lassen. Hier sei nur auf die Ausführungen unseres neuen Präses, Manfred Kock, verwiesen, der bei einem Treffen in Hargesheim für den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen eine Dreifach-Strategie vorgeschlagen hat.

1. Wir müssen mit allen Mitteln die Rechtspositionen des Grundgesetzes verteidigen, nicht um ein Privileg der Kirchen zu verteidigen. Vielmehr ist der Religionsunterricht ein Dienst der Kirchen an der Gesellschaft; denn der weltanschaulich neutrale Staat ist auf Werteorien-

tierung seiner Bürger zwar angewiesen, kann die aber nicht selbst schaffen.

2. Es muß für den Religionsunterricht geworben werden. Es wird der Kirche auf Dauer nichts nützen, sich auf Rechtspositionen zurückzuziehen, wenn es nicht gelingt, die Akzeptanz für den Religionsunterricht in der Gesellschaft, und besonders bei den Eltern, zu gewährleisten. Wir müssen deutlich machen, warum der Religionsunterricht ebenso wichtig ist, wie Mathematik und Deutsch, wie Erdkunde und Physik. Noch scheinen viele Eltern der Meinung zu sein, daß ein möglichst exzessives Lernprogramm in Deutsch und Mathematik ihre Kinder besonders lebensstüchtig machen würde, und die Chancen, es einmal zu etwas zu bringen, erhöhen würde. Doch ohne eine Wertegrundlage nützt alle Mathematik nichts und nützen auch keine Englischkenntnisse. Deshalb ist die zweite Strategie die, daß wir in den Gemeinden für den Religionsunterricht werben.

3. Kirche muß alles daran setzen, daß das Fach gut unterrichtet werden kann, d. h. wir müssen uns um die, die dieses sicherlich nicht leichte Fach zu unterrichten bereit sind, kümmern, müssen sie stützen, ihnen Hilfestellung geben, soviel das gewollt wird. Diese Aufgabe kann nicht nur der Schulreferent wahrnehmen. Dazu braucht es auch geregelte

Kontakte zwischen Gemeinde und Schule. Um die ist es nicht überall gut bestellt. Sie sind aber unverzichtbar, soll nicht unser Protest gegen eine Zusammenstreichung des Religionsunterrichtes an Glaubwürdigkeit einbüßen. Wir müssen das Unsere tun, um den eigenen Anspruch, daß der Religionsunterricht zu Recht in den Fächerkanon der öffentlichen Schulen gehört, einzulösen, ohne daß wir damit eine Verkirchlichung des Religionsunterrichtes bezwecken würden. Der Religionsunterricht soll nicht verlorenes kirchliches Terrain zurückerobern, sondern begründet sich aus sich selbst und den Bedürfnissen der Schüler und Schülerinnen.

## 5. Wir machen weiter

- u. a. auch so:

**5.1** Wir sind auf dem Weg, aber der Weg ist weit, und die Zeit wird knapp. Eine Art „Moratorium“ für drei Jahre hatten wir beschlossen, drei Jahre, in denen (vakante) Pfarrstellen nicht besetzt, aber auch nicht aufgelöst werden sollten. Drei Jahre, in denen in den Regionen weiter gearbeitet werden sollte.

Eineinhalb Jahre davon liegen hinter uns. Da und dort, und immer dort, wo der Schuh infolge einer Vakanz besonders drückt, hat es an Bemühungen nicht gefehlt. Doch die Materie ist schwierig und die Interessen - so berechtigt sie je für sich erscheinen - sind oftmals konträr. Das behindert. Ich habe dafür Verständnis. Die Vorstellung, daß eine Region aus sich heraus Lösungen finden könnte und mithin sich selbst beschneiden würde, überfordert wohl und ist illusorisch.

Deshalb muß ein Gesamtkonzept her, ein Konzept, mit dem man sich auseinandersetzen, an dem man sich reiben, es verändern und modifizieren kann. Aber eine Vorgabe muß offenbar gemacht werden.

Dabei fangen wir nicht bei Null an. Wir haben die Thematik auch hier schon verschiedentlich diskutiert, ein erstes Papier ist schon 1995 vorgelegt worden. Daran

muß weiter gearbeitet werden. Das ist die Aufgabe des Kreissynodalvorstandes, als der gewählten Leitung im Kirchenkreis. Oder aber: die Synode beauftragt einen Ausschuß.

Jedenfalls sollte im Februar - spätestens März 1998 - ein Vorschlag auf dem Tisch liegen, damit bis zum Ende des „Moratoriums“ ausreichend Zeit bleibt zur Diskussion und zur Erarbeitung von Handlungsschritten. Denn: wir sind nicht aus dem Schneider. Die relative Ruhe an der Finanzfront sollte uns nicht täuschen. Das sieht anderenorts ganz anders aus. Dort sind die betriebsbedingten Kündigungen keine Drohung mehr, sondern Realität. Dazu darf es hier nicht kommen. Und deshalb brauchen wir ein Konzept, das Wege weist für die Gesamtkirche ebenso wie für unseren Bereich.

- 5.2** Wir wollen den Tag nicht vor dem Abend loben. Deshalb ist Vorsicht geboten; dennoch ist die Initiative aus dem Saarland begrüßenswert. Die saarländischen Kirchenkreise sollen neu zugeordnet werden unter Einbeziehung der saarländischen Kirchengemeinden aus den Kirchenkreisen Birkenfeld und St. Wendel. Im KK St. Wendel haben wir die kuriose Situation, daß der kleinste Kirchenkreis mit nur 18 Pfarrstellen und ca. 30.000 Gemeindegliedern sich auch noch über zwei Bundesländer hin erstreckt. Würde man die saarländischen Gemeinden von St. Wendel einem saarländischen Kirchenkreis zuordnen, könnten die restlichen Gemeinden im Bereich von Rheinland-Pfalz mit dem Kirchenkreis Birkenfeld zusammen gehen, was auch bezüglich der geographischen Lage Sinn macht. Für uns könnte interessant sein, die Kirchenkreisgrenzen denen des Landkreises anzunähern, was zu geringfügigen Bereinigungen führen könnte.

Wichtiger erscheint mir, daß mit einer solchen Initiative, die ansonsten so geschlossenen Kirchenkreisgrenzen ins Wanken geraten, um sinnvollen Lösungen Platz zu machen.

- 5.3** Ein kleiner weiterer Schritt zur Kostenentlastung - andere sind eingeleitet bzw. schon gegangen - ist der Versuch, die Telefonseelsorge auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen. Den Anlaß dazu lieferte die Telekom. Seit dem 01.07.1997 sind die Telefonseelsorgen - der Bundespräsident hat sie auf der Internationalen Generalversammlung der Telefonseelsorgen im Sommer als „Wärmespender“ in einer Gesellschaft, die für immer mehr Menschen kälter werde, bezeichnet - durch einen sogenannten „freecall“ kostenfrei zu erreichen. Gleichzeitig hat die Telekom Einzugsbereiche

für die Telefonseelsorgestellen in der Bundesrepublik festgelegt. Jeder Anrufer aus diesem festgelegten Bezirk wird der für dieses Gebiet zuständigen Telefonseelsorge zugeordnet. Damit ist erstmals der Einzugsbereich einer jeden Telefonseelsorge genauer zu definieren.

Und genau dort haben wir angesetzt. Denn Tatsache ist, daß wir in den Jahren seit Bestehen der Telefonseelsorge diese wichtige Aufgabe für die umliegenden Kirchenkreise und Dekanate mit wahrgenommen haben. Das kann so nicht bleiben. Deshalb habe ich in einem Schreiben um Unterstützung gebeten und angekündigt, daß wir im kommenden Jahr zu verbindlichen Absprachen kommen müssen. Unser Anteil am Einzugsbereich der Evangelisch-Katholischen Telefonseelsorge Bad Kreuznach liegt - gemessen an den evangelischen Gemeindegliedern - bei 31,67 %. Gut zwei Drittel der evangelischen Gemeindeglieder im Einzugsbereich kommen aus anderen Kirchenkreisen bzw. anderen Dekanaten.

Inzwischen gibt es auf unsere Initiative hin erste Rückmeldungen, die zwar nicht begeistert klingen, aber teilweise wenigstens Verständnis äußern.

Ich hoffe sehr, daß wir die finanzielle Last, die wir im Ev. Bereich bisher alleine getragen haben, in Zukunft auf mehrere Schultern verteilen können.

Bei den Katholiken ist die Situation insofern eine völlig andere, als das Bistum direkt für die Telefonseelsorgen zuständig zeichnet.

**5.4** Wichtige Hinweise für die zukünftige Arbeit des Verwaltungsamtes hat eine Organisationsprüfung, die im Auftrage des Kreissynodalvorstandes und unter Beteiligung der Beschäftigten vom Kreissynodalrechner durchgeführt wurde, ergeben. Prüfungsziel war es ausdrücklich nicht, zu einer Kostensenkung durch Personalabbau beizutragen. In den letzten Jahren hat das Verwaltungsamt Mitarbeiterstellen verloren, so daß dieses Potential bei gleichbleibender Aufgabenstellung zur Zeit ausgeschöpft scheint. Prüfungsziel war vielmehr, „Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch Kostensenkung oder Leistungssteigerung zu erarbeiten... durch Straffung der Arbeitsabläufe, durch Rationalisierung (hauptsächlich durch verstärkten Einsatz der EDV) und .... durch Verwaltungsvereinfachung“ (Organisationsprüfung Seite 4). Es

wurde erhebliches Potential zutage gefördert, das nunmehr Zug um Zug durch den Verwaltungsrat abgearbeitet und umgesetzt werden muß, wobei wir natürlich nicht zuletzt auf Ihre Mithilfe angewiesen sind.

Die neue Satzung für das Verwaltungsamt wird die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Entscheidungswege verkürzt werden, weil das Nebeneinander von Kreissynodalvorstand und Verwaltungsrat weitestgehend aufgehoben werden wird und der Verwaltungsrat die notwendige Handlungsbefugnis bekommen wird.

Die vom Verwaltungsrat und Kreissynodalvorstand initiierte Haushaltsüberwachung bindet beide, sowohl die Nutzer des Verwaltungsamtes als auch das Verwaltungsamt selbst. Sie ist notwendig, weil in Zeiten 'gedeckelter' Haushaltspläne (wir sind ein finanzausgleichsempfänger Kirchenkreis) mit Überschüssen nicht zu rechnen ist. Deshalb ist Haushaltsdisziplin angesagt. Dem dient vorgenannter Beschluß. Und ich bitte herzlich zu Ihrem eigenen Vorteil, sich an die Vorgaben zu halten, und sich also für jeden Auslagebeschluß vorher der Deckung zu vergewissern, weil ansonsten eine Ausgaben-Anordnung nicht wirksam werden kann.

**5.5** Wir haben uns längst daran gewöhnt, daß die Wahrnehmung der Kirchenmitgliedschaft sehr unterschiedlich geschieht. Die einen leben ihre Mitgliedschaft bewußt, aber distanziert - andere eher lebenszyklisch orientiert; wieder andere sachbezogen, etwa über Kirchenmusik oder Krabbel-Gruppe; noch andere projektbezogen und selbstverständlich wieder andere sozial-räumlich auf die Ortsgemeinde hin ausgerichtet, als der Gemeinschaft der Christen vor Ort.

So sehr sich die Wahrnehmung der Kirchenmitgliedschaft ausdifferenziert hat, so starr ist die Mitgliedschaft selbst geregelt. Sie begründet sich durch die Taufe, sagt die Kirchenordnung. Das ist sicher auch richtig so, aber es reicht nicht mehr hin.

Wir brauchen angesichts von Millionen Menschen, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen, die nicht als Babys in die Kirche hineingetauft wurden, eine Differenzierung; vielleicht eine Mitgliedschaft auf Probe; vielleicht eine gestufte Mitgliedschaft; vielleicht eine Mitgliedschaft auf Zeit.

Ziel muß die volle Mitgliedschaft, die durch die Taufe begründet ist, bleiben; aber daneben müssen niederschwelligere Formen treten, um Menschen an die Kirche

heranzuführen, ohne sie zu vereinnahmen. Damit würde Mitarbeit in einzelnen Aufgabebereichen der Kirche auch denen kirchenrechtlich möglich, die der Kirche nicht angehören, die sich jedoch fördernd und mitarbeitend beteiligen möchten. Sie würden die Gewähr haben, daß sie nicht nur geduldet werden, sondern, daß sie mit ihrem Beitrag willkommen sind, auch, wenn sie unter den Bedingungen der Vollmitgliedschaft der Kirche nicht beitreten wollen (Minderheit mit Zukunft, S. 23).

Ich halte es für wichtig, daß wir die Landeskirche um eine entsprechende Initiative bitten und erhebe das hiermit zum Antrag.

- 5.6** Fünf Sonderdienstler bzw. Sonderdienstlerinnen tun zur Zeit Dienst im Kirchenkreis. Bald soll eine weitere halbe Stelle dazukommen; die Kontingentierung gemäß eines landeskirchlichen Schlüssels macht's möglich. Der Kreissynodalvorstand hat festgelegt, daß diese halbe Stelle im Bereich der Aussiedlerarbeit angesiedelt werden soll. Hier wird besonderer Bedarf sowohl aus Bad Kreuznach als auch aus Kirn gemeldet. Die Integration verzögert sich - die Probleme mehren sich.

Da es aber schwierig sein wird, in einem strukturschwachen Gebiet, wie dem unseren, jemanden für eine begrenzte Zeit mit begrenzter Stundenzahl und mithin auch begrenztem Salär herzulocken, wurde die Idee geboren, die halbe Sonderdienststelle des Kirchenkreises mit einer halben Stelle, die der Männerarbeit zugesprochen worden ist, zu koppeln. Das Männerwerk ist auf diese Idee eingegangen und so versuchen wir zur Zeit, eine ganze Sonderdienststelle mit dem doppelten Dienstauftrag für Männerarbeit in den Kirchenkreisen Birkenfeld, St. Wendel und An Nahe und Glan sowie für die Ausländerarbeit ausschließlich im Kirchenkreis An Nahe und Glan zu besetzen.

Leider fehlt es zur Zeit an Bewerbungen für diese Stelle, was entweder Hinweis dafür ist, daß die Not unter den jungen Theologen noch nicht allzu groß ist, oder aber, daß bisher noch nicht ausreichend auf diese neue Stelle aufmerksam gemacht worden ist. Wir werden es sehen.

Schon heute ist abzusehen, daß sich aufgrund landeskirchlicher Vorgaben die Sonderdienststellen im Kirchenkreis reduzieren werden, d. h.: nicht jede jetzt errichtete

Stelle wird auch in der Zukunft fortgeführt werden können. Wir werden sehr genau zu überlegen haben, wie wir das in der Zukunft handhaben wollen. Nach der zur Zeit gültigen landeskirchlichen Planung beträgt das Stellen-Soll 1998 5,82, im Jahre 2000 nur noch 5,03 und im Jahr 2001 gar nur noch 4,33 Stellen.

**5.7** Schließlich möchte ich auch in diesem Jahr ganz besonders dringlich auf die vielen Berichte aus den verschiedenen Arbeitsbereichen unseres Kirchenkreises verweisen und mich - hoffentlich in Ihrer aller Namen - ganz herzlich für die geleistete Arbeit, die in den Berichten dokumentiert ist, bedanken. Sie geschieht zusätzlich und ist darum alles andere als selbstverständlich, aber sie ist nötig, damit Zeugnis und Dienst in möglichst vielfältiger Weise geschehen kann.

Mit einer Danksagung habe ich begonnen, mit Worten des Dankes möchte ich schließen, und hier insbesondere die Mitglieder des Kreissynodalvorstandes nennen. Auch in der neuen Zusammensetzung, die wir mit der Einführung am 12. Januar besiegelt haben, pflegen wir eine solide Zusammenarbeit und gute Gemeinschaft, getragen von gegenseitigem Respekt und Vertrauen, als Garanten für eine ersprießliche Arbeit auch in der Zukunft.

Zuguterletzt: ich weiß, daß mir manches nicht gelingt, daß ich meinen Mitmenschen oft nicht gerecht werde, daß ich oft nicht sensibel genug bin für leise Botschaften. Darum bitte ich alle um Vergebung, die ich gekränkt oder verletzt habe, und bitte um das Gespräch der Versöhnung.

Wir machen weiter.

Wir sind unterwegs,

dem Ziel entgegen,

das Jesus Christus heißt

und Leben verheißt.